



Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Historisches Rathaus

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 07.12.2017

AN/1865/2017

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	19.12.2017

Ebertplatz den Menschen zurückgeben - Menschen statt Mauern!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates am 19.12.2017 aufzunehmen:

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den politischen Gremien – einschließlich der Bezirksvertretung Innenstadt – ein Konzept mit Sofortmaßnahmen für den Ebertplatz vorzulegen. Die Maßnahmen sind mit den lang- und mittelfristigen Planungen der Stadtverwaltung zur Neugestaltung und Revitalisierung des Ebertplatzes zu harmonisieren. Dabei ist der Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt „Heller, sauberer, übersichtlicher: Sofortprogramm für den Ebertplatz“ (AN/1943/2016) vom 09.02.2017 zu berücksichtigen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Polizei eine deutliche Präsenz auf dem Ebertplatz sicherzustellen. Flankierend müssen die aufsuchenden Hilfen (z.B. Sozial- und Jugendarbeit, Suchtclearing, Streetwork) ausgebaut und intensiviert werden.
3. Verdrängungseffekte müssen frühzeitig erkannt werden und sind mit geeigneten Maßnahmen bereits im Vorfeld zu verhindern.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kündigung für den Kunstraum "Labor" zurückzunehmen.
5. Kultur auf dem Ebertplatz ist nicht Teil des Problems, sondern kann und soll Teil der Lösung für diesen Stadtraum sein. Entsprechend hatte die Bezirksvertretung Innenstadt die Verwaltung beauftragt, "zu prüfen, inwieweit der Ebertplatz auch als Veranstaltungsort gezielt bespielt und

dadurch seine Attraktivität gesteigert werden kann" (AN/1943/2016). Vor diesem Hintergrund legt die Verwaltung dar, wie das temporäre kulturelle Bespielen des Platzes gefördert, unterstützt und organisiert werden kann. Die Kunsträume müssen in der Entwicklung dieses Konzeptes einbezogen werden.

6. Die unterirdischen Passagen werden nicht zugemauert oder in sonstiger Weise verschlossen. Die Stadtverwaltung gibt entsprechende Planungen auf.
7. Von vielen Bürgerinnen und Bürgern aus den angrenzenden Vierteln wird der Vorschlag und Wunsch einer Gastronomie/Büchchenbetriebs auf dem Ebertplatz formuliert. Die Verwaltung legt dar, unter welchen Regeln und mit welchen Vorgaben eine gastronomische Nutzung von Teilen des Ebertplatzes möglich ist.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, die „Wasserkinetische Plastik“ von Wolfgang Göddertz wieder in Betrieb zu nehmen.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, die Rolltreppen zur nördlichen Ebertplatzpassage instand zu setzen.
10. Die Verwaltung wird beauftragt, die Reinigung des Platzes und die Grünpflege nachhaltig zu verbessern. Entsprechende Maßnahmen werden mit der AWB abgestimmt werden.
11. Das bürgerschaftliche Engagement der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der weiteren Beteiligten und Betroffenen muss von der Stadtverwaltung aktiv unterstützt werden. Die Stadtverwaltung wird beauftragt eigene Formate für Bürger- und Ideenworkshops anzubieten sowie bereits vorhandene Initiativen aufzugreifen. Die Ergebnisse fließen in das Konzept für Sofortmaßnahmen sowie die langfristigen Planungen ein.

Begründung:

Mit dem gewaltsamen Tod eines jungen Mannes im Oktober diesen Jahres ist der tragische Höhepunkt einer Fehlentwicklung am Ebertplatz erreicht worden. Nicht zuletzt durch die Verdrängung der Dealer-Szene aus dem Domumfeld aufgrund verstärkter Kontrollen durch die Polizei hat sich die Situation dort stetig verschärft. Der Ebertplatz entspricht zudem in seiner baulichen Gestaltung nicht mehr den Ansprüchen, die man heute unter stadtgestalterischen Aspekten an einen solchen zentralen, innerstädtischen Platz stellen würde.

Bereits mit dem Ratsbeschluss zum Masterplan aus dem Jahr 2009 ist der Ebertplatz als Interventionsraum erkannt und bestimmt worden. In der Folge gab es eine Vielzahl weiterer Beschlüsse zur baulichen Neugestaltung des Ebertplatzes. Dass bis heute nichts passiert ist, liegt also nicht am Mangel an politischen Beschlüssen, sondern beruht auf einem Umsetzungsdefizit seitens der Stadtverwaltung. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Stadtverwaltung künftige Maßnahmen zur baulichen Verbesserung parallel und nicht nacheinander angeht.

Schon Ende 2016 hat z.B. die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt beantragt, die Beleuchtung der Passagen und die Ausleuchtung des Platzes deutlich zu verbessern, für einen regelmäßigen Rückschnitt in den Grünflächen zu sorgen, Graffiti und Zerstörungen kontinuierlich zu beseitigen sowie zu prüfen, ob der Ebertplatz auch als Veranstaltungsort bespielt und dadurch seine Attraktivität gesteigert werden kann. Passiert ist davon ein Jahr später zunächst nichts! Erst nach der jüngsten Eskalation werden die Verantwortlichen aktiv – allerdings mit Schnellschüssen wie der Idee, Zugänge zum Ebertplatz zuzumauern. Das war weder innerhalb der Stadtverwaltung abgestimmt, noch ist es den verantwortlichen politischen Gremien und den betroffenen Nutzern vor Ort kommuniziert worden. Gleiches gilt für die Kündigung der Kunsträume vor Ort. Dabei muss das Ziel doch sein, den Platz zu beleben, sei es durch die Kunstschaaffenden vor Ort oder z.B. die Überlassung der Ladenlokale für Startups zu günstigen Konditionen. Den Ideen und Möglichkeiten sind keine Grenzen gesetzt, wenn der Wille für ein Umdenken da ist.

Wir brauchen für den Ebertplatz endlich ein Gesamtkonzept, das Elemente des Polizei- und Ordnungsrechts mit Streetwork und Sozialarbeit, mit kultureller Nutzung, Steigerung der Aufenthaltsqualität und Angeboten für die Menschen aus den umliegenden Veedeln wie Gastronomie oder Veranstaltungen verbindet. Alle maßgeblichen Akteure gehören an einen Tisch, damit sich der Ebertplatz wieder zu einem lebendigen und lebenswerten Platz entwickeln kann. Ein entsprechendes Konzept kann eine Blaupause für weitere Plätze und öffentliche Flächen sein auf denen sich problematische Situationen entwickeln oder gar verfestigt haben. In einem ersten Schritt braucht es jetzt aber unverzüglich einen sichtbaren und wirkungsvollen Impuls vor Ort, in Gestalt von Sofortmaßnahmen. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass hierdurch keine Verdrängung der Probleme in andere Stadträume erfolgt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin